

# Die Dynastien, die Nationen und der Imperialismus

Von

Walter Sulzbach - New York

## I.

Eine Definition des Begriffes Imperialismus, die alles decken dürfte, was unter diesem Namen geht, ist folgende: Imperialismus ist die Tendenz eines Staates, den Bereich seiner Macht zu erweitern.

Es gibt unzählige Definitionen des Imperialismus. Viele sind dadurch wertlos, daß sie die angeblichen Ursachen des Phänomens, als die in der Regel der Drang nach Rohstoffen und neuen Märkten gilt, in die Definition mit hereinnehmen. Das ist schon darum unzulässig, weil es die wichtige Frage, ob die Expansionsbestrebungen vorkapitalistischer Jahrhunderte und die unserer eigenen Zeit identisch sind oder nicht, präjudiziert. Es ist so, wie wenn man den Antisemitismus, den es schon vor dem Christentum gab und der danach durch christliche Tradition gestützt wurde, als den Ausfluß moderner Rassentheorien definieren wollte. Eine Erscheinung mag zu verschiedenen Zeiten verschiedene Ursachen haben, sie bleibt deshalb doch die gleiche Erscheinung.

Staaten als solche expandieren nicht. Sie führen nicht Krieg und unterwerfen nicht andere Völker. Die Träger solcher Handlungen sind ihre Regierungen, und da es im gesamten Bereich der geschriebenen Geschichte nur sehr wenige Demokratien gegeben hat, ist aller Imperialismus vor der amerikanischen und französischen Revolution von Königen und Oligarchien ausgegangen. Imperialisten waren die peruanischen Inkas, die Dynastien, die China als ein Reich geschaffen und erhalten haben, Alexander der Große, die maßgeblichen freien Bürger der Stadt Rom und die frühen römischen Kaiser, Karl der Große, die absolutistischen Könige Frankreichs, Spaniens und Rußlands, die venetianische Aristokratie, Friedrich der Große, Napoleon, Hitler und viele andere. Ein großer Teil unserer „Weltgeschichte“ berichtet von ihren Erfolgen und Mißerfolgen. Und niemand hat es je nötig gefunden, zu

erklären, warum Karl der Große oder Napoleon nach Land und Macht strebten — so wie die Historiker es nötig finden, zu erklären, warum gewisse Könige und Aristokratien dem Christentum oder dem Protestantismus oder dem Wachstum der Städte wohlwollend oder ablehnend gegenüberstanden. Die Menschen lieben die Macht, genau so wie sie Reichtum lieben. Niemand findet es merkwürdig, daß Personen und Gruppen, die Macht haben, nach mehr Macht streben. Die Historiker mögen finden, daß Napoleons Entschluß, einen Feldzug in Ägypten zu führen, unaufklärbare Momente enthält. Sie finden es nicht paradox, daß er über ganz Europa herrschen wollte. Die meisten Menschen wären gern unendlich mächtig. Napoleon war lediglich erfolgreicher als andere

Den Königen vergangener Zeiten standen zwei Wege zur Erweiterung ihres Machtbereiches offen: Eroberung und dynastische Heiraten. Eroberung brachte mehr Ruhm; aber vorteilhafte Heiraten, in denen sich vor allem die Habsburger hervortaten, waren mit weniger Risiko verbunden. Welchen Weg immer aber die verschiedenen Dynastien zu verschiedenen Zeiten und unter verschiedenen Umständen wählten, sie dachten dabei an sich selbst, ihre Familien und die Vermehrung ihres Wohlstandes und Ansehens. Selbst die Behauptung, daß ihre Kriege und Eheschließungen den Interessen ihrer Untertanen dienten, lag ihnen fern. Die Könige von Frankreich annektierten, was ihnen erreichbar war. Ihre neuen Untertanen mochten mit der Zeit französisch sprechen. Aber ob ihre Sprache in dem Augenblick, als sie Franzosen wurden, deutsch oder flämisch oder provençal war, war den Valois und den Bourbonen gleichgültig — und ihren neuen Untertanen vor dem 19. Jahrhundert desgleichen. Der Staat war die Domäne des Königs. An dem spanischen, dem bayerischen, dem österreichischen Erbfolgekrieg waren, wie schon aus den Namen hervorgeht, die Dynastien, nicht ihre Völker interessiert. Die „Reunionen“ Ludwigs des XIV. waren ebenso wie die Eroberung Schlesiens durch Friedrich den Großen persönliche Liebhabereien. Friedrich der Große hat selbst erklärt, daß er den ersten schlesischen Krieg begonnen habe, damit die „Gazetten“ über ihn schreiben sollten. Er sagt in seinem Anti-Machiavelli: „Die neuen Eroberungen eines Herrschers machen die Staaten, die er schon besaß, weder opulenter noch reicher, seine Völker profitieren nicht davon<sup>1</sup>.“

Wie sollten auch die Untertanen von der Erweiterung des Staatsgebietes ihres Herrschers profitieren? Die Vorstellung, daß ein großes Freihandelsareal den allgemeinen Wohlstand fördert, lag den vor-

---

<sup>1</sup> Friedrich Meinecke, *Die Idee der Staatsraison in der neueren Geschichte*, München und Berlin 1924, S. 385.

liberalen Jahrhunderten vollkommen fern. Die französischen Provinzen waren bis zur Revolution durch Zölle und Gebühren getrennt. Das gleiche galt für Preußen, das den internen Warenaustausch dermaßen hemmte und besteuerte, daß Mirabeau, als er sich zur Zeit des Hinscheidens von Friedrich dem Großen in Berlin aufhielt, nicht verstehen konnte, wie die Preußen unter ihrer hypermerkantilistischen Wirtschaftspolitik überhaupt existieren konnten. Die Art und Weise, wie einige deutsche Fürsten ihre Untertanen als Soldaten an andere Staaten verkauften und sich Schlösser aus dem Erlös bauten, erscheint uns gewiß verwerflich. Aber die Untertanen Ludwigs des XIV. und die Untertanen Friedrichs des Großen hatten ebensowenig Interesse an der Annexion von Straßburg oder Schlesien, wie die Hessen ein Interesse an den Schlössern ihres Fürsten hatten, die aus dem Erlös ihrer an England verkauften Landsleute finanziert wurden. Die Armeen der absolutistischen Könige bestanden zum großen Teil aus angeworbenen Fremden. Die „Landeskindern“, die in ihnen kämpften, waren vielfach Leibeigene, die nicht einmal in ihrer eigenen Heimat Grund und Boden besitzen konnten.

## II.

Erst als der Geist der Skepsis vom religiösen auf das politische und soziale Gebiet übergriff, wurde der Imperialismus ein Problem. Voltaire, Diderot, die ganze Schar der Philosophen in Frankreich und die Vertreter der Aufklärung in England und Deutschland waren überzeugt, daß, wenn die Macht im Staate an menschenfreundliche Regenten übergehen oder wenn die Völker selbst in Zukunft ihr Schicksal entscheiden sollten, Kriege und Eroberungen verschwinden würden. Herder nannte die bloße Vorstellung, daß „Vaterländer“ einander bekriegen könnten, den ärgsten „Barbarismus“ der menschlichen Sprache. Diese Erwartung erscheint uns auch heute, und heute besonders, verständlich. Wenn die Völker aus der Erweiterung des Areals ihrer Staaten keinerlei Vorteil zogen, war anzunehmen, daß sie sich für Eroberungen nicht einsetzen würden.

Es kam aber ganz anders, als Herder und die Aufklärung erwartet hatten. Als die Nationen selbst die Herren ihrer Geschichte geworden waren und ihre Könige beseitigt oder machtlos gemacht hatten, übernahmen sie den Imperialismus ihrer vormaligen Herrscher als ihre eigene Politik und traten selbst an die Stelle ihrer vormaligen Herren. Es entstand ein großes Gewebe von Ideologien, auf Grund derer die Nationen postulierten, daß Expansion in ihrem eigenen „Interesse“ läge oder ihre geschichtliche „Mission“ sei. Dies ist eine der erstaunlichsten und folgenreichsten Entwicklungen seit der französischen Revolution gewesen.



Im Jahre 1790 gab die französische Nationalversammlung eine Erklärung ab, die später in die Verfassung aufgenommen wurde und sehr beruhigend für alle Nachbarn Frankreichs klang: „Die französische Nation wird nie einen Krieg führen, um Eroberungen zu machen, und wird ihre Macht nie gegen die Freiheit anderer Nationen einsetzen.“ Als zwei Jahre später der Krieg gegen Österreich ausbrach, war dieser, laut Erklärung der gleichen Nationalversammlung, nicht ein Krieg zwischen Nationen, sondern die aufgezwungene Verteidigung eines freien Volkes gegen den willkürlichen Angriff eines Königs<sup>2</sup>.

Aber schon ein Jahr später war Carnot zu der Überzeugung gekommen, daß ein Staat das Recht habe, anderen Staaten Schaden zuzufügen, wenn sein eigenes Interesse und seine Selbsterhaltung das verlangen. Die Constituante stellte sich auf den Standpunkt, daß es im Interesse aller anderen Nationen läge, von Frankreich befreit zu werden und die Prinzipien der Revolution anzunehmen. Was der Größe Frankreichs diene, käme allen Nationen zugute. „So nimmt die alte Politik der Könige“, schreibt Sorel<sup>3</sup>, „die Politik der Ausdehnung und Herrschaft in überraschender Weise von der Revolution Besitz, und das neue Frankreich bereitet sich vor, die Völker in der gleichen Weise zu beherrschen, wie das alte Frankreich so oft die Herrschaft über andere Staaten beansprucht hatte. Die Männer des Jahres 1789 behaupten, mit der Tradition zu brechen. Sie sehen nicht, daß sie sie, ganz im Gegenteil, erneuern und verlängern . . . Die jahrhundertalten Ansprüche nehmen neue Farben an; und die territoriale Ausdehnung findet nunmehr ihre Rechtfertigung in der großherzigen Absicht, andere Nationen zu befreien.“

„Frankreichs alte und natürliche Grenzen“, erklärte Carnot 1793, „sind der Rhein, die Alpen und die Pyrenäen. Die Gebiete, die wir verloren haben, haben sich Usurpatoren unrechtmäßig angeeignet. Wenn wir sie uns wiedernehmen, tun wir damit kein Unrecht. Wir begrüßen nur Menschen, die früher unsere Brüder waren, wiederum als unsere Brüder<sup>4</sup>.“

Die Männer, die von 1795 an in Frankreich herrschen, „übertragen alle Begriffe, die ihre Vorgänger mit der Majestät des Fürsten assoziiert haben, auf die Nation. Sie stimulieren die Begeisterung für Ruhm, sie stoßen das Volk in den Krieg, und sie gründen die Macht, die sie im Namen des Volkes ausüben, auf diese Leidenschaften<sup>5</sup>.“

---

<sup>2</sup> Albert Sorel, *L'Europe et la révolution française*, 6. ed., Paris 1903, II, pp. 89, 434.

<sup>3</sup> Op. cit. I, p. 106.

<sup>4</sup> Sorel, Op. cit. III, p. 310.

<sup>5</sup> Op. cit. I, p. 319.

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben, kaum daß sie ihre Unabhängigkeit von England erkämpft hatten, den gleichen Weg beschritten. Die Declaration of Independence der 13 ursprünglichen Kolonien im Jahre 1776 war humanitär im Sinne der europäischen Aufklärung. Noch nicht 30 Jahre später kaufte Jefferson Frankreich Louisiana ab. Eine Abstimmung unter den dort ansässigen Weißen, geschweige den Indianern, wurde nicht für nötig befunden. Ein ganzer Kontinent wurde den Indianern abgenommen, die allerdings wenig zahlreich waren und zum großen Teil vernichtet wurden. Siebzig Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung wurde das halbe damalige Mexiko erobert und annektiert. Seitdem gehören Kalifornien, Texas, Arizona und New Mexico zu den Vereinigten Staaten.

Ideologische Bedenken spielten keine Rolle. Ein ganzes Arsenal von Argumenten stand zur Verfügung, um die Expansion der amerikanischen Demokratie zu begründen: „Natürliche Rechte“, „Geographische Bestimmung“, „Ausdehnung des Reiches der Freiheit“, „Die Last des weißen Mannes“, die „Mission der Regenerierung“, „Unentrinnbare Bestimmung“, „Selbstverteidigung“ und noch ein paar andere mehr<sup>6</sup>.

Jede territoriale Ausdehnung wurde als das Werk der Vorsehung oder als ein Gebot internationaler Moral angesehen. Es gab Zeiten, in denen maßgebliche amerikanische Politiker die Annexion von Kanada und von ganz Mexiko verlangten. Die Vereinigten Staaten sind heute allerdings saturiert.

Als der russische Teil Polens im Jahre 1830 gegen Rußland revoltierte, verlangten die Polen nicht nur die Gebiete, in denen polnisch gesprochen wurde, sondern dazu noch Litauen und die Ukraine. Den Imperialismus der nach dem ersten Weltkrieg frei gewordenen Polen hat Bismarck zutreffend vorausgesagt, wenn er im Hinblick auf die Polen schrieb: „Befreite Völker sind nicht dankbar, sondern anspruchsvoll.“ Ihrerseits waren die deutschen Demokraten des „Professorenparlaments“ der Paulskirche mehr expansionshungrig als jemals später Bismarck. Sie erklärten, daß das ganze Böhmen deutsch sei. Sie beanspruchten die holländischen Provinzen Limburg und Luxemburg und gelegentlich sogar die Lombardei, weil Friedrich Barbarossa dort geherrscht hatte. Es erübrigt sich, auf das moderne Italien und andere Länder zu exemplifizieren. Die überraschendste Entwicklung in der neuesten Zeit ist der Streit zwischen Indien und Pakistan um Kaschmir und der Anspruch Indonesiens auf die holländische Kolonie Neu-Guinea.

---

<sup>6</sup> Albert K. Weinberg, *Manifest Destiny, A Study of National Expansionism in American History*, Baltimore 1935.

## III.

Man muß es einer Reihe von marxistischen Autoren zugute halten, daß sie die einzigen gewesen sind, die wenigstens eine Seite des Imperialismusproblems richtig gesehen haben. Während „bürgerliche“ Autoren von den Kämpfen zwischen Nationen noch so sprachen, als ob es sich um ein Naturgesetz handle, und völlig unrealistische und längst widerlegte Behauptungen über die Unentbehrlichkeit von Kolonien als Rohstoffquellen und Absatzmärkte wiederholten, hat die Marxsche Schule und haben einige anders orientierte Nationalökonomien darauf hingewiesen, daß die Völker als solche von Expansion, kontinentaler sowohl wie überseeischer, überhaupt nicht profitieren. Sie haben aber den großen Fehler begangen, den Imperialismus des 19. und 20. Jahrhunderts von seinen historischen Vorläufern abzuschneiden, wie wenn es vor dem „Kapitalismus“ keine Eroberungen gegeben hätte. Und sie haben in der Erklärung des modernen Imperialismus vollkommen fehlgegriffen. Sie führen ihn auf die Interessen und Machenschaften der „Bourgeoisie“ zurück. Das aber ist eine unhaltbare Behauptung<sup>7</sup>.

Alle historischen Daten widersprechen der Annahme, daß der moderne Trieb zur Expansion da, wo er aufgetreten ist, das Werk der Bankiers oder der Exporteure oder der Munitionsfabrikanten oder irgendwie in irgendwelcher Weise allgemein der „Bourgeoisie“ gewesen ist. Die Reformation des 16. Jahrhunderts ist von katholischer Seite oft mit dem Hinweis auf die Fürsten und städtischen Behörden erklärt worden, die sich durch die Säkularisierung der Kirchengüter auf leichte Weise bereichern konnten und darum von Rom abfielen. Der Vorgang selbst ist unbestreitbar. Aber er erklärt die Reformation nicht. Unbestreitbar ist auch, daß es Kriegsgewinnler und koloniale Vermögen gibt. Fast alles, was in der Welt geschieht, kommt einigen Menschen zugute. Deshalb allein sind diese aber noch nicht die Ursache der Geschehnisse. Die ökonomische Erklärung des Imperialismus ist nur darum so beliebt, weil der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Diejenigen, die den „Kapitalismus“ verdammen — wie immer sie ihn definieren mögen — wollen, daß er für alle internationalen Verwicklungen verantwortlich sein soll, und begnügen sich mit den bescheidensten „Beweisen“.

<sup>7</sup> Die folgenden Ausführungen sind sehr kursorisch gehalten. Näheres in W. Sulzbach, Nationales Gemeinschaftsgefühl und wirtschaftliches Interesse. Stuttgart 1929; Artikel „Imperialismus“ im „Handwörterbuch der Soziologie“; Capitalistic Warmongers — A Modern Superstition, Chicago 1942. Von wichtigen Veröffentlichungen über den Imperialismus im Sinne der wirtschaftlichen Interpretation seien die folgenden genannt: J. A. Hobson, Imperialism, London 1902; Rosa Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals, Berlin 1913; Rudolf Hilferding, Das Finanzkapital, Wien 1923; Fritz Sternberg, Der Imperialismus, Berlin 1926.



Im folgenden werden einige mehr oder minder willkürlich gewählte historische Vorgänge aufgeführt, die die wirtschaftliche Verursachung des Imperialismus angeblich beweisen sollen. Was sie in Wirklichkeit zeigen, ist, daß Unternehmer das Werkzeug von Regierungen gewesen sind, und nicht Regierungen den Wünschen von Unternehmern gehorcht haben.

Es ist oft behauptet worden, daß der russisch-japanische Krieg zu Beginn des 20. Jahrhunderts von Rußland im Interesse von Kapitalisten, die die Reichtümer Mandschuriens ausbeuten wollten, geführt wurde. Der wirkliche Hergang war folgender: Ein russischer Kaufmann hatte in einem mandschurischen Forstunternehmen Geld investiert und wollte sein Unternehmen veräußern. Dem Zaren nahestehende Persönlichkeiten fanden das politisch unerwünscht und hielten Umschau nach Aktionären, denen nicht an „sofortigen Dividenden“ liegen würde, wenn sie dafür „dem Zaren einen Dienst erweisen“ könnten. Solche Aktionäre fanden sich, und von 1903 an wurden zahlreiche russische Holzfäller unter der Aufsicht von Reserveoffizieren nach der Mandschurei gesandt. „Die berühmten Forstunternehmen waren einfach der Vorwand für politische und militärische Pläne. . . . Es ist deshalb nicht erstaunlich, daß das Ergebnis dieser ‚wirtschaftlichen‘ Unternehmung nicht Holz war, sondern ein Krieg<sup>8</sup>.“

Der italienisch-türkische Krieg 1911/12 und die anschließende Annexion von Tripolis durch Italien soll durch das italienische Eingreifen zugunsten der Interessen der Banco di Roma verursacht worden sein. Auch hier ist das Gegenteil richtig.

Die genannte Bank hatte ihre sogenannten „wirtschaftlichen Interessen“ in Tripolis etabliert, weil die italienische Regierung, die Tripolis irgendwann annektieren wollte, es ihr nahegelegt hatte. Noch um 1900 herum war kein italienisches Kapital in Tripolis investiert. Die Banco di Roma war die Bank des Vatikans. Sie stand infolgedessen bei der Regierung in schlechtem Ansehen und hatte keine Rediskontfazilitäten. Diese und andere Vorteile wurden ihr in Aussicht gestellt, wenn sie in Tripolis Filialen etablieren und italienische Unternehmungen finanzieren würde. Als die Bank in Tripolis Verluste hatte, wollte sie ihre Investitionen an deutsche oder englische Interessenten verkaufen. Um dies zu verhindern und um eine Kompensation für die Annexion Marokkos durch Frankreich zu erzielen, sandte Italien im September 1911 ein Ultimatum an die Türkei<sup>9</sup>.

Der Konflikt zwischen dem kaiserlichen Deutschland und Frankreich über Marokko soll zum Teil von den deutschen Banken geschürt

<sup>8</sup> Eugene Staley, *War and the Private Investor*, New York 1935, p. 62.

<sup>9</sup> Op. cit. pp. 62 ff.

worden sein. Auch hier ist das Gegenteil richtig. Im Jahre 1904 schrieb der damalige Staatssekretär des Auswärtigen von Richthofen: „Die deutschen Banken streiken geradezu alle, sobald man von Marokko spricht<sup>10</sup>.“

Während des ersten Weltkrieges kam Wilhelm Mühlön, ein Direktor von Krupp, zu der Überzeugung, daß Deutschland für den Krieg verantwortlich war und daß die Deutschen ihn barbarisch geführt hätten. Er verließ Deutschland und veröffentlichte in der Schweiz ein Buch unter dem Titel „Die Verheerung Europas“<sup>11</sup>.

Mühlön kannte die Geheimnisse der größten deutschen Kanonenfabrik. Es stand bei ihm, alles, was es zu enthüllen gab, zu enthüllen. Aber sein Buch bringt den Anhängern der Marxschen Schule nicht, was sie erwarten würden. Mühlön wirft den deutschen Industriellen vor, daß sie gewisse unerfreuliche Charakterzüge mit allen anderen Deutschen teilen. Er nennt sie machthungrig und egoistisch. Er erhebt den gleichen Vorwurf gegen Wilhelm II. und die deutschen Generäle. Aber davon, daß Krupp zum Krieg getrieben habe, findet sich bei ihm nicht ein Wort.

Gewisse Soziologen, die besonders im deutschen Sprachgebiet geschätzt werden, operieren mit Begriffen wie „Kapitalismus“, „Spätkapitalismus“, „Finanzkapital“ und „Bourgeoisie“, wie wenn diese Begriffe für tatsächliche Personen stünden und selbständige geschichtliche Faktoren wären. Aber Begriffsrealismus hat immer nur Verwirrung gestiftet und die wahren Probleme verdunkelt. Man kommt der Wahrheit näher, wenn man sich an greifbare Menschen hält.

Was immer die Rolle der „Bourgeoisie“ sein mag, es sind die Regierungen der Staaten, die Kriege erklären und Territorien anneklieren. Regierungen haben entweder mehr oder minder unbeschränkte Macht oder sie sind von den Regierten durch Wahlen bestellt. Absolutistische Könige und Kaiser und ihre Nachfolger, die modernen Diktatoren, haben keine Veranlassung, nach der Pfeife ihrer Kapitalisten zu tanzen. Die Annahme, daß Bismarck oder Wilhelm II. ihre auswärtige Politik unter diesem Gesichtspunkt und nicht einfach in der preußischen Tradition geführt haben sollen, ist absurd. Es war der Ehrgeiz der Angehörigen der deutschen Bourgeoisie in der Kaiserzeit, als Offiziere oder Reserveoffiziere oder Verwaltungsbeamte von der herrschenden Schicht akzeptiert zu werden. Die Bourgeoisie blickte zum Adel auf und ahmte ihn nach. Der Adel gehorchte nicht der Bourgeoisie. Und daß Hitler alles andere eher war als ein Werkzeug der

<sup>10</sup> Op. cit. p. 272.

<sup>11</sup> Zürich 1918.



deutschen Industrie, ist heute allgemein anerkannt und neuerlich im einzelnen von Louis Lochner nachgewiesen worden<sup>12</sup>.

Noch problematischer ist die angebliche Abhängigkeit der demokratischen Regierungen von den Interessen ihrer angeblich expansionslüsternen Bankiers und Industriellen. Die marxistischen Behauptungen würden nur dann den Anspruch erheben können, mehr als reine Phantasiegebilde darzustellen, wenn drei Bedingungen erfüllt wären:

Erstens müßten die individuellen „Kapitalisten“, und nicht nur die größten, überzeugt sein, daß eine expansionistische Politik ihrer Regierungen und daß Krieg als solcher oder daß beides zusammen ihnen geschäftlich nützen würde. Sie müßten eine derartige Politik für dermaßen vorteilhaft halten, daß die erhöhten Steuern, die Gefahren für ihr eigenes Leben und das ihrer Angehörigen und das Risiko einer Niederlage mit nachfolgender Revolution und Enteignung für sie nicht ins Gewicht fällt. Daß der durchschnittliche oder selbst der große „Kapitalist“ so denken und fühlen sollte, ist ein irreales Wahngelbilde in den Köpfen von einigen Intellektuellen und vielen Halbgebildeten.

Zweitens müßten die „Kapitalisten“ zusammenkommen, sich besprechen und auf eine gemeinsame expansionistische Politik einigen. Ohne gemeinsame Aktion können sie nichts erreichen. Das zeigt die Geschichte aller Wirtschaftsgesetzgebung in demokratischen Staaten, sie mag Zölle, landwirtschaftliche oder industrielle Subventionen oder Steuererleichterungen betreffen. Aber eine derartige Kollaboration ist niemals aufgedeckt worden und sie hätte nicht geheim bleiben können, wenn sie existiert hätte. Es hat seit langer Zeit viele reiche Unternehmer und die Erben solcher gegeben, die ihren Wohlstand mit einem schlechten Gewissen besessen haben. Manche haben Memoiren hinterlassen, und von vielen sind Briefe veröffentlicht worden. Es ist nicht ein einziger Fall bekannt, es handele sich um die Rothschilds, die Krupps, die Rockefellers, die Mellons oder sonstige finanzielle Größen, die eine kapitalistische Zusammenarbeit oder Verschwörung für Expansion und Krieg zum Zwecke individueller Bereicherung beweist.

Drittens müßten die Verschwörer, wenn man sie so nennen will, imstande sein, die Regierungen in demokratischen Staaten im Sinne ihrer internationalen Ambitionen zu bestimmen. Es ist aber unerfindlich, warum ein amerikanischer Präsident oder ein englischer oder französischer Ministerpräsident sich den Wünschen einer kleinen Minorität fügen sollte. Staatsmänner und Politiker wollen ihre Stellen, ihre Macht und ihren Einfluß behalten. Die Stimmzettel von Bankiers, Munitionsfabrikanten und Exporteuren bedeuten wenig in Ländern,

---

<sup>12</sup> Tycoons and Tyrant, Chicago 1955.

in denen die gesamte erwachsene Bevölkerung das Wahlrecht hat. Es kommt auf die Arbeiter, die Landwirte, den Mittelstand und die Frauen an. Man müßte also schon annehmen, daß die Leiter der auswärtigen Politik in den maßgeblichen demokratischen Staaten persönlichen Bestechungen zugänglich sind. Das ist absurd. Es ist nie behauptet, geschweige bewiesen worden, und damit fällt der ganze Gedankengang zusammen.

#### IV.

Um den modernen Imperialismus zu verstehen, ist es nicht nötig, zu so umwegigen und unrealistischen Konstruktionen zu greifen, wie das die Marxisten und ihre auf diesem Gebiet ungewöhnlich zahlreichen Mitläufer tun. Es genügt, die Tatsachen zu beschreiben. Tatsache ist, daß die Nationen in ihrer internationalen Politik die Vorstellungen und Ziele der ehemaligen absolutistischen Fürsten einfach übernommen haben. Daß die Demokratien das auf dem Gebiet der grundsätzlichen Staatstheorie getan haben, ist unbestritten. Die Männer der französischen Revolution und ihre Nachfolger setzten einfach die Nation an die Stelle des Königs. Der König war eine Person mit souveräner Macht gewesen, also war die Nation das gleiche. Die Souveränität des Königs war unteilbar und konnte nicht veräußert werden. Infolgedessen galt das gleiche für die Souveränität der Nation<sup>13</sup>.

Der König nahm von niemand anderem Befehle an. Jetzt waren die Nationen international souverän. Der König hatte Gehorsam und Verehrung beansprucht. An seine Stelle trat auch hier die Nation. Der König konnte kein Unrecht tun. Es ist vaterländische Pflicht, für die eigene Nation zu kämpfen, auch wenn sie im Unrecht ist. In Frankreich und in anderen Ländern trat an die Stelle des Verbrechens der Majestätsbeleidigung das Verbrechen der Beleidigung der Nation. Die Könige waren darauf bedacht, ihr Territorium zu erweitern, und zedierten niemals ohne Kampf ein Stück von dem, was sie besaßen. Nicht alle Nationen erstreben Annexionen, aber alle wollen, was sie „besitzen“, besonders wenn es von der eigenen Nation okkupiert ist, behalten. Der nationale Imperialismus ist die demokratische Version der Politik der Könige gegenüber anderen Staaten.

Hiergegen wird eingewendet werden, daß viele Staaten, z. B. die Schweiz und die skandinavischen Länder, gar nicht ausdehnungslüsternd sind und nur für die Verteidigung ihres bestehenden Umfangs bereit sind zu kämpfen, und daß vormalig imperialistische Staaten wie England und Frankreich heute keine Ausdehnung mehr wünschen. Dieser Einwand ist aber nur so lange zutreffend, als man an unserer ursprüng-

<sup>13</sup> Léon Duguit, *Law in the Modern State*, New York, 1919, p. 10.

lichen Definition festhält, daß der Imperialismus die Tendenz eines Staates ist, den Bereich seiner Macht zu erweitern, also im Imperialismus ausschließlich ein dynamisches Phänomen sieht. Dies aber ist er in der Tat nicht ausschließlich. Dem dynamischen Imperialismus nahe verwandt ist, was man „statischen Imperialismus“ nennen könnte: Der Wille der Staaten, ihren „Besitzstand“, wenn nicht zu vermehren, so zum mindesten zu behaupten.

Wenn jede Beanspruchung von fremdem Territorium Imperialismus genannt werden soll, dann ist das heutige Deutschland ein imperialistischer Staat, weil es Vereinigung mit Ostdeutschland verlangt, und Finnland unternahm 1941 einen imperialistischen Feldzug gegen Rußland, weil es das Gebiet wiederhaben wollte, das Finnland ein Jahr vorher an Rußland abgetreten hatte. In dem Streit zwischen England und Griechenland um Cypern, dessen vorwiegend griechische Bevölkerung sich an Griechenland anschließen und den seit 1878 bestehenden Kolonialstatus unter England beenden will, würde es dem Sprachgebrauch, aber nicht unserem wissenschaftlich beeinflussten Empfinden entsprechen, zu sagen, daß England sich weigert, dem griechischen Imperialismus Konzessionen zu machen, und daß die englische Einstellung anti-imperialistisch ist. Diese Vorgänge — und viele ähnliche — zwingen zu einer Revision der Terminologie. Sie zwingen vor allem auch zu einer kritischen Analyse des Begriffs der Nation und deren eigentlichem Wesen.

Ernest Renan hat die Nation in einer oft zitierten Redewendung „un plébiscite de tous les jours“ genannt. Das ist aber nur richtig, wenn man von vornherein weiß, was eine Nation ist und wer zur Abstimmung zugelassen ist. Wenn man das nicht weiß, ist Renans Anspruch sinnlos.

Wenn man die Tschechen früher gefragt hätte, wer zur böhmischen Nation gehört, dann hätten sie die Sudetendeutschen mit eingerechnet und hätten ihren Widerspruch überstimmt. Die Sudetendeutschen allein hätten anders abgestimmt. Die Engländer haben lange ihre irische Minorität für ihre eigene Nation beansprucht. Die katholischen Iren haben anders empfunden. Aber in Irland selbst will die protestantische Minorität in Ulster nicht zur irischen Republik gehören.

Wer hat recht? Offenbar kann keine Gruppe selbst bestimmen, ob sie eine Nation ist oder nicht, sondern Dritte entscheiden, wer befugt sein sollte, sich friedlich abzutrennen oder zu vereinigen und wer nicht — oder die Änderung erfolgt durch Gewalt. Wenn neuen Nationen eine friedliche Abtrennung erlaubt wird, geschieht dies in der Regel nur, wenn sie die herrschende Gruppe aufs Blut gepeinigt haben. Auf



diese Weise sind Irland, Indien und — gegen den Widerspruch Indiens — Pakistan souveräne Staaten geworden.

Im Grunde sind alle Nationen Vertreter des statischen Imperialismus: Sie wollen das Areal ihrer Macht *b e h a l t e n*. Versuche der Abtrennung innerhalb des Bereichs derer, die als Angehörige der eigenen Nation gelten (aber heute nicht mehr notwendigerweise im Fall von Kolonien) werden als „Hochverrat“ bestraft. Die nationale „Einheit“ ist nicht *e i n* nationales Gut, sondern das wichtigste von allen. In Amerika verhinderte Lincoln, wie er selbst erklärt hat, die friedliche Abtrennung der Südstaaten und ließ es zum Bürgerkrieg kommen, nicht um die Sklaverei abzuschaffen, sondern um die Einheit der Nation zu erhalten. Nach dem ersten Weltkrieg hat man in Deutschland die bayerischen und rheinischen Sezessionisten als gemeine Verbrecher angesehen. Selbst ein Mann vom Format Max Webers sprach sich in diesem Sinne aus. Die Schweiz erlaubt keine Abtrennungsbewegung im Tessin, England würde keine in Wales oder Kent gestatten. Es ist in dieser Hinsicht wie ehemals unter den Königen. Die Juristen des „ancien régime“ postulierten: „Un roi, une loi, une foi.“ Hitlers Parole war „Ein Volk, ein Reich, ein Führer“. Für das Siegel der Vereinigten Staaten wurde schon 1776 empfohlen: *E Pluribus Unum*. Das Motto der neuen Republik Indochina lautet: „Viele bleiben eins.“ Und ähnlich bei allen anderen Nationen. In einer nicht veröffentlichten Arbeit hat ein amerikanischer Gelehrter, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Intensität des Nationalgefühls in verschiedenen Staaten zu vergleichen, diesen Willen, keine Abspaltung zu erlauben, geradezu zum Kriterium des Begriffes Nation gemacht. Und das mit Recht.

Denn was eine Nation zusammenhält, ist ihr Wille zur politischen Einheit, ihr statischer Imperialismus. Es ist nicht, wie immer wieder fälschlich gesagt worden ist, gemeinsame Kultur. Um die gleiche Sprache zu sprechen, die gleiche Musik zu genießen, die gleichen Philosophen zu verehren, den gleichen Baustil zu pflegen, ähnlich zu kochen oder zu spielen, ist kein gemeinsamer Staat nötig. Und die Nationen, die, wie die Deutschen, die Schweizer und die Amerikaner in nationalen Staaten leben, legen oft den größten Wert darauf, daß sie keine kulturelle Gleichschaltung haben. Alles Kulturelle fällt in den Bereich ihrer verschiedenen Länder, Kantone und Staaten. Gemeinsam sind allen Gliedern einer Nation in jedem Land die auswärtige Politik und die bewaffneten Streitkräfte, gemeinsam ist ihnen der Wille zur Macht.

Insofern sind sie die Erben der Könige und nichts weiter. Das dem so sein sollte, ist nicht so paradox, wie es auf den ersten Blick erscheinen könnte. Die Menschen sind während des weitaus größten Teils ihrer Geschichte durch Könige beherrscht worden. Es hat nur wenige

Demokratien gegeben. Unsere heutigen Demokratien sind allerneuesten Datums. Die Vorstellung des Königtums hat, nach oben projiziert, einen ungeheuren Einfluß auf die Vorstellungen ausgeübt, die sich die Menschen von ihrem Gott, ihren Göttern und den himmlischen Vasallen wie Engeln und Heiligen machen. Man muß sich damit vertraut machen, daß die gleiche Vorstellung auch nach unten projiziert worden ist: Die Nationen haben die Rolle und die Ambitionen der Könige übernommen.

## V.

Die Marxisten haben das Problem des modernen Imperialismus richtig gesehen: Die Nationen sind oftmals imperialistisch, obwohl die Vorteile, die sie sich davon versprechen, vollkommen illusorisch sind. Aber ihre Erklärung dieser Paradoxie ist unhaltbar. Der wirkliche Vorgang war der, daß die Nationen die Vorstellungen übernahmen, die die kleinen Gruppen, von denen die Massen in der Vergangenheit geführt und beherrscht worden waren, mit gutem Recht vertreten hatten. Ihnen waren sie nützlich. Aber Beträge, die für eine einzige oder ein paar hundert Familien gewaltigen Reichtum und Vermehrung ihrer Macht darstellen, schrumpfen, wenn sie unter Millionen verteilt werden sollen, zu nichts zusammen.

Athen war in seiner großen Zeit nie darauf bedacht, sein eigenes Territorium zu erweitern. Das hätte dem Sinn des Stadtstaats der Antike widersprochen. Aber die relativ wenigen freien Bürger Athens prosperierten auf Grund der Ergebnisse ihrer erfolgreichen Kriege und durch die Macht ihrer Flotte: Sie hatten zahlreiche in ihren Kriegen erbeutete Sklaven und ihre Verbündeten zahlten ihnen Tribute. Den freien Bürgern der Stadt Rom, und besonders ihren führenden Familien, fielen Land und Sklaven zu, wann immer neue Eroberungen gelangen. Ein fester Prozentsatz von allen edlen Metallen, die als Ergebnis der Columbus'schen Entdeckungen in der neuen Welt gefunden wurden, ging an die Krone von Castilien. Isabella von Castilien hatte Columbus' erste Reise finanziert. Nutznießer der holländischen und englischen kolonialen Unternehmungen in Ostasien waren die verhältnismäßig wenig zahlreichen Aktionäre privilegierter Handelsgesellschaften. Die auswärtige und Kolonialpolitik Englands stand im 18. Jahrhundert im Zeichen einer kleinen Oligarchie von Grundbesitzern, die mit den Kaufleuten von London, Bristol und Glasgow kooperierten. Ihre Zahl war groß im Vergleich zum nächsten Anhang der Könige von Frankreich und Spanien. Sie waren trotzdem eine kleine Minorität.

Aber den Nationen bringen weder die Erhaltung ihres „Besitzes“ noch Expansion die Vorteile, die sie kleinen Minoritäten bieten. Der

Fürst hielt sich eine Armee. Die Nation ist selbst die Armee. Steuern werden vom Fürsten erhoben, sie werden von der Nation gezahlt. Der Fürst kann sich aus Eroberungen neue Ländereien aneignen und kann die Unterworfenen im eigenen dynastischen Interesse besteuern — wenn auch selbst im Falle kolonialer Untertanen nur innerhalb gewisser Grenzen, falls er nicht die Gesundheit und Arbeitswilligkeit der Unterworfenen zerstören und Aufstände provozieren will. Aber wenn 45 Millionen Engländer ein paar hundert Millionen Inder, die an der Hungergrenze leben, zugunsten Englands besteuert hätten (was sie wohlweislich nicht taten), dann wäre nach Abzug der Erhebungs- und Besatzungskosten für keinen Engländer etwas übrig geblieben. Der siegreiche König gewann neue Untertanen, die ihm gehorchten. Die siegreiche demokratische Nation gibt ihren neuen Untertanen, zum mindesten wenn sie geographisch Nachbarn sind und nicht jenseits des Ozeans leben, volle demokratische Rechte und verzichtet damit, was ihre eigene Gesetzgebung anbelangt, auf ebensoviel Macht, wie sie neu erworben hat. Die Habsburger, die Bourbonen, die Stuarts, die Braganzas genossen ein ungeheures internationales Ansehen. Aber niemand ehrt einen Amerikaner mehr als einen Dänen, weil die Vereinigten Staaten mehr Einwohner haben als Dänemark, und kein Schweizer wird verachtet, weil die Schweiz klein ist und weder eine Flotte noch Kolonien besitzt.

Daß die deutschen, französischen und italienischen Kolonien durch Subsidien und militärische Aufwendungen per Saldo nur Geld gekostet haben, ist oft schlüssig demonstriert worden<sup>14</sup>. Schweden und die Schweiz haben ohne Kolonien prosperiert. Holland und Frankreich dürften seit dem zweiten Weltkrieg in ihren — jetzt zum Teil verlorenen — Kolonien Verluste erlitten haben, die alle privaten kolonialen Gewinne der vorausgegangenen Jahrhunderte übersteigen. Es ist bezeichnend, daß die Welt zwar 300 Jahre lang davon überzeugt war, daß Englands Reichtum auf dem „Besitz“ von Indien beruhte und aus der „Ausbeutung“ der Inder stammte; aber als England nach 1945 jahrelang große wirtschaftliche Schwierigkeiten hatte, gab es niemand, der diese darauf zurückführte, daß Indien im Jahre 1947 ein souveräner Staat geworden war. Durch diese Trennung hat England nichts verloren.

Die klassische Schule der Nationalökonomie lehrte, daß Kolonien zwar einigen Privilegierten nützlich sein können, daß sie aber die Gesamtheit der Steuerzahler belasten. Die Entwicklung des Handels zwischen England und Nordamerika erbrachte noch gegen Ende des

<sup>14</sup> Z. B. Grover Clark, *A Place in the Sun*, New York, 1936; derselbe, *The Balance Sheet of Imperialism*, New York, 1936; viele Schriften von Norman Angell.



18. Jahrhunderts den Beweis, daß freier Handel mehr Profit abwirft als erzwungene Handelsmonopole. Zwischen ungefähr 1875 und dem ersten Weltkrieg hat England zwar eine erneute Expansionspolitik getrieben. Aber wenn auch die Gründe, die hierfür angegeben wurden, vielfach wirtschaftlicher Natur waren und trotz einschneidender sachverständiger Kritik ihre Anhänger fanden, lagen ihre wirklichen Motive auf einem anderen Gebiet: Sie waren politisch und romantisch. Man muß nur einen Blick auf die Propheten des wiedererwachten britischen Imperialismus werfen: Den Staatsmann D'Israeli, den Historiker Seeley, den Dichter und Romancier Kipling, um die wirkliche Natur der neuen Begeisterung für Expansion zu verstehen. Selbst Cecil Rhodes wurde nicht reich durch britische Eroberungen. Sein Imperialismus bestand umgekehrt darin, daß er seinen Reichtum dazu verwenden wollte, das British Empire immer weiter auszudehnen.

Noch im 18. Jahrhundert war man sich darüber klar, daß die Expansionspolitik der damaligen und der vergangenen Könige eine rein dynastische Angelegenheit war. Die Gebildeten hätten gelacht, wenn jemand die Behauptung aufgestellt hätte, daß die Merowinger die Absicht gehabt hätten, das Werden einer französischen Nation vorzubereiten, oder Wilhelm der Eroberer etwas Ähnliches für England im Sinne gehabt hätte, als er im Jahre 1066 mit seinen Normannen nach England übersetzte, oder daß Friedrich der Große, der fast nur französisch sprach und schrieb, bei seinen Feldzügen an die deutsche Nation der Zukunft gedacht habe. Vielleicht hätten sie aber auch nicht gelacht, denn sie hätten gar nicht verstanden oder damals auch nur verstehen können, welche Art von politischen Gebilden im 19. Jahrhundert als „Nationen“ ihre eigene Souveränität beanspruchen würden.

Es hat seit unvordenklichen Zeiten die Liebe der Menschen zu ihrer Heimat gegeben. Diese bezieht sich heute, wie ehemals, auf ein verhältnismäßig kleines Areal und die nicht allzu zahlreichen Menschen, die man aus eigener Erfahrung kennt. Es hat außerdem die Abneigung gegen Fremde, den „Fremdenhaß“, gegeben. Menschen mochten „fremd“ sein, weil sie einem anderen Souverän unterstanden oder eine andere Sprache oder einen anderen Dialekt sprachen, oder weil sie eine andere Religion hatten oder in einem anderen Dorf lebten oder einfach, weil sie neu auftauchten. Das moderne Nationalgefühl: Das Verlangen großen Massen nach einem eigenen souveränen Staat mit fest umschriebenen Mindestgrenzen existierte nicht vor dem 19. Jahrhundert.

Der Unterschied von Fremdenhaß und Nationalgefühl läßt sich am Beispiel Deutschlands zur Zeit der Reformation und Italiens im

19. Jahrhundert illustrieren. Zur Zeit der Reformation wurde in Deutschland heftig gegen den ausländischen, besonders den italienischen Klerus und seine Macht und Einkünfte protestiert, und viele Ausländer wurden vertrieben. Aber niemand, auch nicht Ulrich von Hutten, verlangte ein einiges Deutschland, einen deutschen Nationalstaat. Im Italien des 19. Jahrhunderts vor 1866 war ebenfalls der Haß gegen die Fremden, d. h. die Österreicher, die in der Lombardei und Venetien regierten, und die fremden Dynastien in Neapel, Parma usw. allgemein. Aber mit ihrer Vertreibung war es nicht getan. Es gab ein italienisches Nationalgefühl, und sein Ziel war ein geeintes Italien.

Zahlreiche Historiker sind philosophisch oder romantisch veranlagt und haben das Bedürfnis, im historischen Geschehen unter allen Umständen einen Sinn zu entdecken. Heute stehen die Nationen im Vordergrund des Geschehens. Diese Tatsache hat eine merkwürdige optische Täuschung bewirkt. Manche Historiker haben die moderne Geschichte dahin interpretiert, daß die Nationen ihren vormaligen Herrschern gewissermaßen dafür dankbar sein sollen, daß sie, zwar unbewußt, aber doch von einem bedeutsamen Instinkt geleitet, für die Entstehung der modernen Nationen die Vorarbeit geleistet haben. Diese Historiker und Geschichtsphilosophen erklären die imperialistische Politik der Könige aus den Vorstellungen der modernen Nationen, während in Wirklichkeit gerade umgekehrt die Vorstellungen der Nationen entstanden sind als Abbilder der Interessenpolitik der Dynastien und, in gewissen Fällen, von Aristokratien, die in Republiken wie Venedig und Genua regierten.

Die Nationen sind in doppelter Hinsicht an die Stelle ihrer vormaligen Herrscher getreten, die entweder abgesetzt oder entmachtet wurden oder sich die Gedankengänge des neuen Nationalismus zu eigen machen mußten. Die Nationen waren wie die Dynastien darauf bedacht, ihren „Besitzstand“ zu erhalten und möglicherweise zu vergrößern; und sie übertrugen die religiöse Verehrung, die sie ihren Fürsten gewährt hatten, auf sich selbst als Nationen. Der König stand Gott näher als andere sterbliche Menschen. Die Nation hat den moralischen Vorrang gegenüber allen anderen sozialen Gebilden.

Gerade weil weder ihr statischer noch ihr dynamischer Imperialismus den Nationen irgendwelche Vorteile bringt — weder auf der wirtschaftlichen Seite noch an Ansehen —, greifen sie zu den phantastischsten Ideologien, um sich ihr eigenes Verhalten, dessen wahren Ursprung sie nicht verstehen, zu erklären. Sie kämpfen für ihre „nationale Existenz“, für ihre „nationale Kultur“, für die Vorherrschaft der nordischen Rasse oder des Proletariats oder Gott weiß was sonst. Für die Könige des 17. und 18. Jahrhunderts hatten alle Kriege limitierte

Ziele, und selten bestand die Absicht, eine fremde Dynastie vollkommen zu enteignen. Wenn Polen eine erbliche Dynastie gehabt hätte, hätten die Hohenzollern, Habsburger und Romanows nicht ganz Polen unter sich aufgeteilt (Lord Acton). Noch Franz Joseph konnte nach der Schlacht von Solferino erklären: „Ich habe eine Schlacht verloren, ich trete eine Provinz ab“. Und so geschah es. Erst der Nationalismus hat den „totalen“ Krieg konzipiert.

## VI.

Die Frage nach der Zukunft des nationalen Imperialismus ist mehr oder minder identisch mit der Frage nach der Zukunft des modernen Nationalgefühls überhaupt.

Es läßt sich nicht bestreiten, daß die Zahl der souveränen Nationen in dauernder Zunahme begriffen ist. Die politische Landkarte verzeichnet erheblich mehr Nationalstaaten, als vor 50 und selbst vor 25 Jahren existierten. Von den neuen Staaten sind einige, wie Indien, Pakistan und Indonesien, ausgesprochen annexionistisch eingestellt. Auf der anderen Seite ist kein einziger Fall bekannt, wo mehrere Nationen sich freiwillig in einem Staat vereinigt haben. Litauen, Lettland und Estland sind gegen ihren Willen von Sowjetrußland annektiert worden.

Aber das moderne Nationalgefühl ist erst anderthalb Jahrhunderte alt. Es ist nicht anzunehmen, daß es bis an das Ende aller Tage Bestand haben wird. Und wenn man die voraussichtliche Auswirkung gewisser neuester Entwicklungen in Erwägung zieht, drängt sich der Schluß auf, daß seine Auflösung in absehbarer Zukunft voraussteht.

Die Erkenntnis, daß Land„besitz“ für die Nationen wirtschaftlich und prestigemäßig keinerlei Bedeutung hat, hat sich schon weitgehend durchgesetzt, soweit die Kolonien in Frage kommen. Sie wird sich ohne Zweifel auch für die nationalen Territorien im engeren Sinne durchsetzen. Die Tschechen werden es mit der Zeit nicht mehr wichtig finden, daß die Slowaken zu ihnen „gehören“, und die Einstellung der Serben gegenüber den Kroaten und die der Deutschen, Franzosen und Polen gegenüber ihren historisch strittigen Gebieten wird sich entsprechend ändern. Was sich auf dem Gebiete der Religionen und Religionskriege zugetragen hat, wird sich auf dem des Nationalitätenstreits wiederholen: Dinge, die man für wichtig gehalten hat, wird man unwichtig finden, weil ihre Unwichtigkeit durch kritische Analyse bewiesen worden ist, und weil der menschliche Verstand Emotionen, durch die wir uns selbst nur schaden, meistens überkommen kann. Den Slowaken, den Kroaten, den Deutschen und den Polen wird es ihrerseits, wenn das Nationalgefühl auf allen Seiten abblassen sollte,



gleichgültig sein, wohin sie „gehören“. Es war ihnen Jahrhunderte lang gleichgültig. Die Intellektuellen haben viel dazu beigetragen, den modernen nationalen Imperialismus zu schaffen. Es wird ihre Aufgabe sein, ihm künftig den Boden abzugraben.

Ein zweiter Faktor, der in der gleichen Richtung wirken dürfte, ist das neue Gesicht des Krieges. Kriegerisches Heldentum ist seit unvordenklichen Zeiten mit einem romantischen Schimmer umgeben worden. Die modernen mechanisierten Massenschlachten sind gegen alle bessere Erkenntnis noch bis in die neueste Zeit hinein verklärt worden, wie wenn sie den Kämpfen der homerischen Helden vor den Mauern Trojas an die Seite gestellt werden könnten. Noch als der erste Weltkrieg ausbrach, war die Romantik des Krieges weit verbreitet. Aber jetzt haben die Atombombe und ihre noch viel fürchterlicheren Nachfolger das Bild geändert. Heldentum bedeutet nichts mehr, wenn Millionen von Nichtkämpfern durch einen geschickten Abwurf getötet werden können. Ein künftiger Krieg wird möglicherweise keine dramatischen Schlachten mehr kennen und nicht einmal berühmte Generäle hervorbringen. Die Nationen werden nach wie vor auf ihre kriegerische Vergangenheit stolz sein, aber sie werden nicht mehr der Überzeugung sein, daß die territorialen „Probleme“, die sie trennen, gewaltsam gelöst werden müssen. Diese „Probleme“ werden zusammenschrumpfen und schließlich verschwinden. Und damit würde ein weiteres Stück aus der Hinterlassenschaft der Dynastien und Aristokratien liquidiert werden.